

Marktwirtschaft.



Frank Cotham; © Condé Nast

*„Your people will remember you for the money
you saved them by not building a pyramid.“*

*Fehlanreize für Politiker; Versuchungen für Wähler:
Was ist besser, was kommt besser an – Sparsamkeit, Bauten oder Rentengeschenke?*

02 Heimliche Steuererhöhung: Kalte Progression
als bleibendes Ärgernis?
Editorial von Michael Eilfort

Ideenwettbewerb GENERATION-D
Ausschreibung noch bis zum 31.08.2014

03 Neustart in der Energiepolitik
Kronberger Kreis skizziert
marktwirtschaftliche Lösung

04 Frühjahrstreffen in Kronberg
Erste Bilanz nach der Bundestagswahl

05 Wolfram-Engels-Preis 2014
Bundesbankpräsident Jens Weidmann
erhält Auszeichnung

06 Expertentagung „Agenda 2020“
Kadener Gespräch zum Reformbedarf heute

07 Zukunftsweisende Bildungsfinanzierung
Tagung mit Bundesbildungsministerin
Johanna Wanka

08 Politik-Barometer zur WM
Stand nach der Vor-Vorrunde

Heimliche Steuererhöhung: Kalte Progression als bleibendes Ärgernis?

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Ein Teil der Bundesregierung ist stolz darauf, „keine Steuererhöhungen“ durchgesetzt zu haben. Dabei wird es bereits nach jetzigem Stand Steuererhöhungen von über 17 Mrd. Euro in dieser Wahlperiode geben – nur eben heimlich, über die „kalte Progression“. Der andere Teil der Bundesregie-

rung hat erst deren Bekämpfung blockiert und stellt nun fest, aufgeweckt von den Gewerkschaften und verbreitetem Nettofrust nach Lohnerhöhungen, wie unsozial sie ist: Die Krankenschwester leidet mehr als der Oberarzt.

Trotzdem scheint die Exekutive das Ganze einmal mehr aussitzen zu wollen: Es bleibt bislang bei der nur verbalen Ablehnung dieser Ungerechtigkeit. Kein deutscher Finanzminister will auf eine sichere, zusätzliche Einnahmequelle ohne lästige öffentliche Debatten und Parla-

mentsbeschlüsse verzichten. Zudem ist das Geld längst verplant – deswegen ja auch der aberwitzige Einwand mit der notwendigen „Gegenfinanzierung“.

Die Intransparenz ist ein Unding und die Abkassiererei schlicht unanständig. Vor allem deshalb, weil der gleiche Staat ganz selbstverständlich für sich selbst immer den „Inflationsausgleich“ im Auge hat, ob bei den jährlichen Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen oder bei der automatisch inflationsindexierten jährlichen maximalen Gesamtförderung für die Parteien.

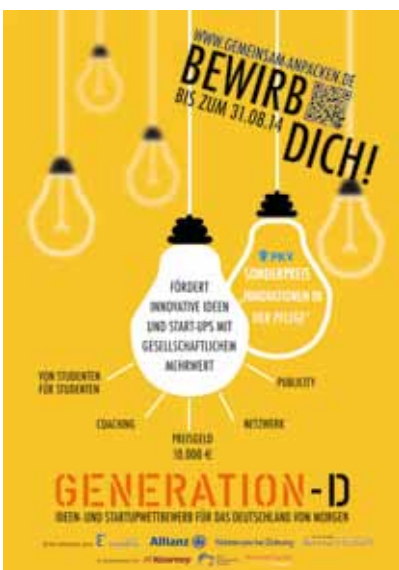
Es ist Zeit, dem Bürger zu lassen, was des Bürgers ist. Bei der Bekämpfung der „kalten Progression“ geht es um mehr als um Steuerstrukturen und brutto/netto. Es geht um das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, um Ehrlichkeit, Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit.

web

Mehr zum Thema: Positionspapier Nr. 06 „Die kalte Progression“ unter: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ideen- und Startup-Wettbewerb GENERATION-D

Die Ausschreibung für 2014 hat begonnen!



Der studentische Ideen- und Startup-Wettbewerb GENERATION-D ruft wieder zur Einreichung von Ideen für Deutschland auf. Der Wettbewerb fördert Projekte mit unternehmerischer Motivation und gesellschaftlichem Mehrwert mit insgesamt 10.000 Euro Preisgeld. GENERATION-D ist ein fachübergreifender Wettbewerb für Studierende, an dem neben der Stiftung Marktwirtschaft auch die Süddeutsche Zeitung mitwirkt. Initiiert hat den Wettbewerb die Bayerische Elite-Akademie in Kooperation mit der Allianz SE. Erstmals besteht außerdem die Chance auf einen Sonderförderpreis für Projekte, die sich dem Bereich „Innovationen in der Pflege“ widmen.

Bewerbungen werden noch bis zum 31. August 2014 angenommen!

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann (außer Seite 8).

Kronberger Kreis plädiert für eine Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik

Neue Studie skizziert marktwirtschaftliche Lösung für ein Gelingen der Energiewende

Die Energiewende in Deutschland droht mit stetig steigenden Preisen und zunehmenden Versorgungsunsicherheiten eine national sowie international abschreckende Wirkung zu entfalten. Das vor diesem Hintergrund reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das zum 1. August 2014 in Kraft treten soll, vermag diese Unsicherheiten jedoch kaum zu reduzieren. Zu diesem Ergebnis kommt der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner neuen Studie „Neustart in der Energiepolitik jetzt!“ (Nr. 58).

Die Professoren Lars P. Feld, Clemes Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold U. Wigger stellen in ihrer Studie heraus, dass die Klimaschutzziele der Energiewende am wirksamsten und kostengünstigsten mit der Abschaffung des EEG und einer Ausweitung des internationalen Emissionshandelssystems erreicht werden könnten. Hierdurch würde sichergestellt, dass der Emittent bei seinen Entscheidungen die externen Kosten berücksichtigt. Dies setze Anreize zur Reduktion von Treibhausgasen und fördere somit die Innovationstätigkeit der Unternehmen und Anlagenbetreiber zu emissionsarmer Produktion, ohne dass hierbei der Staat über kostspielige Subventionen aktiv werden müsse. Das bestehende Emissionshandelssystem der Europäischen Union, EU ETS, soll demnach auf den Wärmemarkt und Verkehrssektor erweitert sowie über das Jahr 2020 hinaus geregelt werden.

Sollte die Politik jedoch nicht von einer direkten Förderung der erneuerbaren Energien abrücken, so empfiehlt der Kronberger Kreis die Einführung eines zertifikatebasierten Quotenmodells nach schwedischem Vorbild. Hierbei werden die Energieversorger verpflichtet, eine vorgegebene Quote aus allen verfügbaren erneuerbaren Quellen zu beziehen. Die Vertragsgestaltung und das Beschaffungsmanagement würden komplett den Marktakteuren überlassen, so dass der Systemwettbewerb über die effizienteste Form entscheiden könne.

Die Einführung von Kapazitätsmechanismen für konventionelle Kraftwerke sei – entgegen zahlreicher Forderungen – aus heutiger Sicht nicht notwendig, da dies die Einflussnahme von Partikularinteressen begünstige. Stattdessen sollen ein effizienter Netzausbau sowie die Entscheidung über Kraftwerkstandorte und -laufzeiten über eine geographische Differenzierung von Preisen oder Entgelten erfolgen.



Neustart in der Energiepolitik jetzt!
Schriftenreihe Band 58

Kronberger Kreis
Lars P. Feld
Clemes Fuest
Justus Haucap
Heike Schweitzer
Volker Wieland
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)
ISBN: 3-89015-117-5

BILD – Zeitung

24.03.2014

In der *BILD*-Zeitung berichtet Christin Martens unter der Überschrift „Experten fordern Aus für Ökostrom-Förderung“ vorab über die Ergebnisse der Studie. Es sei eine „scharfe Kritik an der geplanten Reform des Ökostrom-Gesetzes (EEG)“, die der Kronberger Kreis äußere, der die Regierungspläne als „unzureichend und zu zögerlich“ bewerte. Die Forderung, dass das EEG „am besten ganz abgeschafft werden“ solle, wird von der *BILD*-Zeitung besonders hervorgehoben.

Süddeutsche Zeitung

25.03.2014

Auch die *Süddeutsche Zeitung* verweist explizit auf die Energiestudie. In seinem Beitrag „Die Stunde der Lobbyisten“ unterstreicht Michael Bauchmüller die Sorge des Kronberger Kreises, „die deutsche Energiewende könnte ein abschreckendes Beispiel für andere werden – der Kosten wegen.“ Zitiert wird des Weiteren die Aussage von Justus Haucap, dass es sich „um einen schwer kranken Patienten“ handele, der „drastische Medizin“ benötige und nicht nur „homöopathische Dosen“ aus bisherigen Reformen.

web

Die neue Studie des Kronberger Kreises
finden Sie auf unserer Homepage:
www.kronberger-kreis.de

Frühjahrstreffen in Kronberg

Erste Bilanz von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis nach der Bundestagswahl

Der Vorsitzende des Stiftungsrates, Prof. Dr. Theo Siegert, begrüßte zum Jahrestreffen von Kuratorium und Freundeskreis am 28. März 2014 zunächst das neue Kronberger Kreis-Mitglied Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M. (Yale), die zum ersten Mal am Frühjahrstreffen in Kronberg teilnahm. Mit der Aufnahme der Juristin mit den Schwerpunkten europäisches Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht Anfang 2014 ist der Kronberger Kreis mit insgesamt sechs Mitgliedern nun wieder vollständig, verkündete Siegert. Siegert dankte allen Anwesenden für ihr Engagement, ihre Verbundenheit mit der Stiftung und die zahlreichen Anregungen.

Neben dem bereits seit mehreren Jahren bestehenden Themenschwerpunkt „Ehrbarer Staat“ auf Basis der Generationenbilanzierung beabsichtige die Stiftung, sich in Zukunft auch mit der Compliance seitens des Staates zu beschäftigen. Völlig zu Recht fordere der Staat die Einhaltung der Gesetze durch den Bürger, aber nehme es selbst in diesem Punkt häufig nicht allzu genau. Inwieweit der Staat die Anforderungen, die er an seine Bürger und die Unternehmen stellt, auch selbst erfüllt, wolle die Stiftung in Zukunft regelmäßig ins Blickfeld nehmen.

Im Anschluss skizzierte Prof. Dr. Michael Eilfort die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit und gab einen Einblick in das Arbeitsprogramm der Stiftung für 2014. Er begann mit einem Verweis auf die gerade abgelaufenen 100 Tage der Großen Koalition, in denen man „mit einer schaurigen Faszination“ beobachte, wie die neue Regierung maximal engagiert genau dort sei, wo sie besser nichts täte und von früheren Reformen profitieren könnte – beispielsweise bei der Rente und auf dem Arbeitsmarkt. Hingegen erwiesen sich dieselben Akteure als sehr abwartend, wo dringend Handlungsbedarf bestünde, z.B. bei der institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union, Energiepolitik und Steuervereinfachung. Der die Stiftung kennzeichnenden „fröhlichen Penetranz“ und eines langen Atems werde es in den kommenden Jahren umso mehr bedürfen.

Eilfort erinnerte auch daran, dass er bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen habe, dass die Bundestagswahl 2013 auf Jahrzehnte hinaus die letzte sein würde, bei der die Mehrheit der Wähler (nicht der Wahlberechtigten!) unter 55 Jahre alt ist. Nach der Bundestagswahl erkenne der politische Beobachter am Beispiel des unter Führung von Andrea Nahles geschnürten Rentenpakets, dass bereits mit der aktuellen Wählermehrheit der noch unter 55-Jährigen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung die Innovationsfähigkeit des Landes leide. Die Stiftung habe daher



Die Mitglieder des Kronberger Kreises: Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M., Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Justus Haucap, Prof. Volker Wieland Ph.D. (v.li.).

dem für den Steuerzahler 1,15 Mio. Euro teuren Plakat der Bundesarbeits- und Sozialministerin einen inhaltlich überzeugenderen Entwurf entgegengesetzt, der wiederum viele Nachahmer insbesondere in den Medien gefunden hat. Zudem habe die Stiftung Marktwirtschaft früh die Kosten des Rentenpakets aus zwei sinnvollen, kostengünstigen Maßnahmen und zwei sinnfreien, überbewerteten Geschenken für Mütter und 63-jährige Männer für die Zukunft mit 443 Mrd. Euro präzise beziffert.

Prof. Dr. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises, berichtete anschließend über die Neuorientierung des Kreises. Neben der abgeschlossenen Verjüngung des Beirats stellte er dessen neues Arbeitsprogramm vor. So stand die noch wenige Tage zuvor in Berlin vorgestellte Studie mit dem Thema Energiewende im Mittelpunkt. Feld wies darauf hin, dass die gesunkenen Preise im Zertifikatehandel ein Indiz für die Funktionsweise dieses Systems seien und folglich gerade nicht gegen dieses System sprächen.

Sein Kollege Prof. Volker Wieland Ph.D. dankte schließlich seinem Vorredner Feld für dessen „Superjob“, den Kronberger Kreis federführend mit vielbeschäftigten und vielgefragten Wissenschaftlern vollends erneuert zu haben. Wieland, der von 1995 bis 2000 selbst an der US-Notenbank Federal Reserve gearbeitet hat, erklärte mit Blick auf die bevorstehende Wolfram-Engels-Preisverleihung und den Preisträger (siehe Seite 5), dass es Zeit für einen Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik sei, da man ansonsten Gefahr laufe, zu ähnlichen Übertreibungen wie vor der Finanzkrise zu kommen.

Jens Weidmann erhält den Wolfram-Engels-Preis 2014

Bundesbankpräsident betont den Stellenwert des Primats der Geldwertstabilität

Die Stiftung Marktwirtschaft hat in diesem Frühjahr Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, den von der informedia-Stiftung initiierten und gestifteten Wolfram-Engels-Preis verliehen. Die Jury zeichnete Weidmann für seine ordnungspolitisch konsequente Haltung insbesondere im Hinblick auf die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise aus. Einstimmig würdigte sie mit dem Preis die Fokussierung des Bundesbankpräsidenten auf die Geldwertstabilität und auf das Prinzip der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro dotiert, das auf Wunsch des Preisträgers an den Deutschen Kinderhospizverein ging. Der Verein begleitet Kinder, die an einer lebensverkürzenden Krankheit leiden, sowie ihre Familien.

Aus mehreren Kandidaten wählte die Jury den 2011 zum Bundesbankpräsidenten berufenen Volkswirt aus, dessen Leitungsauffassung und „ordnungspolitische Prinzipienstärke“ ihn in hohem Maße auszeichnen.

In seiner Laudatio erinnerte der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Theo Siegert, auch an das Wirken des Mitbegründers der Stiftung, den Ökonomen und Publizisten Prof. Dr. Wolfram Engels, nach dem der Preis auf Anregung des Initiators und Verlegers Klaus Kunkel benannt wurde: *„Zeit seines Lebens hat er die ordnungspolitischen Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung untersucht. Diese Ordnung muss das individuelle Streben nach Glück achten und zugleich die Interessen der künftigen Generationen wahren. Mit dem Wolfram-Engels-Preis sollen in die Zukunft weisende Beiträge zur Festigung und*



Wolfram-Engels-Preisträger 2014 Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank.

Weiterentwicklung unserer freiheitlichen auf Markt- und Menschenwürde gestützten Gesellschaftsordnung ausgezeichnet werden.“

Siegert betonte, dass es immer eines „aufrechten Kämpfers“ erfordere, der sich der Geldwertstabilität verschreibt und sein Mandat diplomatisch, aber vorrangig unnachgiebig und konsequent ausfüllt: „Es bedarf eines glaubwürdigen Botschafters, der feste Überzeugungen konsistent vertritt – auch wenn er vorübergehend allein zu sein scheint.“ Weidmann fasste die Auszeichnung mit dem Wolfram-Engels-Preis als Ermutigung auf, weiterhin deutlich und zuweilen auch unbequem Position zu beziehen. Er sei der festen Überzeugung, dass marktwirtschaftliche Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit die tragenden Säulen der Wirtschaftsordnung, der europäischen Integration und der Währungsunion sind.



Dr. Rainer Hildmann (Vorsitzender der Jury), Prof. Dr. Nikolaus Schweickart, Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Theo Siegert, Dr. Jens Weidmann, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Prof. Dr. Michael Eilfort (v.li.).

Der Bundesbankpräsident griff die Anmerkung seines Doktorvaters Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann von der Universität Bonn, ein langjähriges Mitglied im Kronberger Kreis, hinsichtlich der Handhabung von Staatsanleihen dankbar auf: Im Sinne des Haftungsprinzips wirbt Weidmann seit längerem dafür, dass auch Staatsanleihen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt und Obergrenzen für entsprechende Investments festgelegt werden, wie es bei Krediten an private Schuldner üblich ist. Hinsichtlich der Anregung Neumanns nach erhöhter Transparenz bei den Stimmverhältnissen im Rat der Europäischen Zentralbank gelte es jedoch abzuwägen zwischen dem Wunsch nach Befriedigung einer aufgeklärten Öffentlichkeit und der Vermeidung von Irritationen und Unruhe bezüglich weiterer Schritte in der Geldpolitik.

Agenda 2020 – Reformen auch ohne Krise?

Expertengespräch der Stiftung Marktwirtschaft auf Gut Kaden



Gut zehn Jahre nach Beginn der „Therapie“ Agenda 2010 am damals „kranken Mann Europas“ steht Deutschland unter umgekehrten Vorzeichen vor ähnlichen Fragestellungen: Welche Reformen sollte Deutschland als Motor Europas jetzt angehen, um Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik nachhaltig zu sichern? Und sind diese Reformen in guten Zeiten überhaupt denkbar? Hochkarätige Teilnehmer, u.a. Holger Steltzner, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M., Vorsitzender der Monopolkommission, folgten der Einladung der Stiftung nach Gut Kaden am 7. März 2014 in der Nähe von Hamburg, das von Dr. Lutz Peters als Tagungsort zur Verfügung gestellt worden war.

Die Tagung wurde fachkundig moderiert von Josef Joffe Ph.D., Herausgeber der Wochenzeitung *Die ZEIT*. Ein herausragendes Momentum für Veränderungen, wie es die Agenda 2010 bot, als Politik, Gewerkschaften und Medien an einem Strang zogen, sei ihm zufolge nicht gegeben. Die Grundstimmung sei heute eine andere und Wörter wie Markt, Wettbewerb und Kapitalismus zu Kampfbegriffen umgemünzt. Joffe forderte daher zu einem Blick unter die Oberfläche auf. Gerade in guten Zeiten müsse man fragen, was zu tun ist und wie dringend welche Reformen seien.

Prof. Dr. Lars P. Feld, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage und Sprecher des Kronberger Kreises, erläuterte, warum trotz der guten Lage Deutschlands bereits jetzt Reformbedarf insbesondere in den Bereichen Steuern und Energie erkennbar sei. Dr. Hermann Otto Solms, ehemaliger Vizepräsident des Deutschen Bundestages, plädierte für eine klare Abgrenzung zwischen Staat und Markt und eine Rückkehr zur Ordnungspolitik. Die Fehlentwicklungen der Vergangenheit würden dem Markt angelastet, dabei handele es sich in aller Regel nicht um Markt-, sondern um Politikversagen.

Demographisch seien die Weichen bereits seit Jahrzehnten gestellt. Eine Agenda 2020 kann daher nichts mehr für den Bereich Demographie bewegen, so Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft und Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg. Die Hebung von stillen Reserven des Arbeitsmarktes und die Aktivierung von Beschäftigungspotential sei stattdessen zu bewerkstelligen. Dr. Hilmar Schneider, Direktor des CEPS/INSTEAD in Luxemburg, thematisierte die veränderten Qualitätsanforderungen an den Arbeitsmarkt. Das Bildungsangebot müsse sich dem Trend zur Rückverlagerung unternehmerischer Verantwortung auf die Arbeitnehmer anpassen und die Fähigkeit zu Eigenverantwortung und Risikoübernahme fördern.



Die Zeit-Herausgeber Josef Joffe Ph.D. moderierte die Tagung.

Für die Rückkehr zu klassischen Besteuerungsprinzipien wie der Willkürfreiheit, verbunden mit Vereinfachung und Transparenz, warb Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster. Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Universität Bonn und langjähriges Mitglied im Kronberger Kreis, begrüßte indessen das Vorgehen des Bundesverfassungsgerichts und erhofft sich eine Eingrenzung des OMT-Programms durch den Europäischen Gerichtshof. Einigkeit bestand am Ende, dass die Ausrichtung der derzeitigen Politik, die unter dem trügerischen Gefühl, es sich leisten zu können, Reformen zurückdrehe und irreführende Weichen stelle, der falsche Weg sei. Eine erfolgreiche Agenda 2020 erfordere andere Prioritäten.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ist zukunftsweisende Bildungsfinanzierung im Föderalismus möglich?

Tagung im Deutschen Bundestag mit Bundesbildungsministerin Johanna Wanka

Wirtschaftlicher Wohlstand und Wachstum, aber auch gesellschaftliche Teilhabe und eine chancengerechte Gesellschaft sind ohne ein gut funktionierendes Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen offen steht, kaum vorstellbar. In diesem Sinne sind Investitionen in Bildung eine wichtige Voraussetzung für ökonomischen Erfolg und Chancengerechtigkeit. Nicht zuletzt verdeutlichen auch der sich in unserer alternden Gesellschaft abzeichnende Fachkräftemangel sowie der globalisierungsbedingte Wettbewerbsdruck die Notwendigkeit, die vorhandenen Bildungspotentiale auszuschöpfen.

Zwar sind diese Aussagen hinsichtlich der Bedeutung des Bildungssystems weitestgehend unstrittig, gleichwohl treten immer wieder Konflikte zutage bei der Frage, wer die finanziellen Lasten von Bildungsinvestitionen tragen sollte: die privaten Nutznießer von Bildung, denen auch ein Großteil der späteren Vorteile zukommen, oder der Staat? Und soll – zumindest partiell – Letzterer finanziell verantwortlich sein, so schließt sich in einem Föderalstaat wie der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar die Frage nach der zuständigen staatlichen Ebene an. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Stiftung Marktwirtschaft am 20. Mai 2014 in Berlin die fachkundig besetzte Tagung „Zukunftsweisende Bildungsfinanzierung und Föderalismus – Widerspruch in sich oder Gestaltungschance?“.

Mit Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, der amtierenden Präsidentin der Kultusministerkonferenz und stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann, sowie bildungspolitischen Experten der vier im Bundestag vertretenen Fraktionen war die Veranstaltung von politischer



Dr. Thomas Sebastian Vitzthum, Prof. Dr. Ludger Wößmann, Prof. Dr. Johanna Wanka, Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Sylvia Löhrmann, Martin Rabanus MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort und Dr. Stefan Kaufmann MdB (v.li.).



Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Seite prominent besetzt. Wissenschaftliche Impulse für die Diskussion lieferten darüber hinaus Prof. Dr. Berthold U. Wigger vom Karlsruher Institut für Technologie und zugleich Mitglied im Kronberger Kreis sowie Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungs- und Innovationsökonomik in München. Obwohl kaum ein Redner die föderale Verantwortungsaufteilung im Bildungsbereich grundsätzlich in Frage stellen wollte, sondern insbesondere die Potentiale des effizienzfördernden voneinander Lernens betont wurden, bestand – zumindest im Grundsatz – weitgehender Konsens, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern gelockert werden sollte.

Über die mögliche Ausgestaltung als auch die finanziellen Implikationen einer solchen Reform wurde hingegen durchaus kontrovers diskutiert. Beispielsweise warnte Bundesbildungsministerin Prof. Wanka davor, eine Lockerung des Kooperationsverbotes mit höheren Zahlungen des Bundes für Bildung gleichzusetzen – dafür gebe es keine finanziellen Spielräume. Prof. Wößmann plädierte zwar einerseits für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes, empfahl aber zugleich, diese an klare Kriterien wie einheitliche Bildungsstandards und Leistungsvergleiche zwischen den Bundesländern zu binden. Löhrmann wies darüber hinaus darauf hin, dass sich der Bund trotz des Kooperationsverbots finanziell stärker engagieren könnte – etwa im Bereich der schulischen Inklusion –, wenn er Mittel des Sozialtats und nicht des Bildungsetats nutzen würde.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Lukas Podolski: „Wir müssen jetzt die Köpfe hochkrepeln... und die Ärmel auch.“



Politik-Barometer zur WM: Stand nach der Vor-Vorrunde

Jürgen Wegmann: „Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu.“



Großbritannien – Jean-Claude Juncker 0 : 1

Weil Akteure mit modernem Spielverständnis nicht antreten wollten, darf Jean-Claude Juncker – in der eigenen nationalen Liga gerade abgestiegen – auf dem Platz bleiben. Trotz Zweifel an seiner statisch-undurchschaubaren Spielanlage erfolgt eine Anschlussverwendung des Hinterzimmer-Dribbelkünstlers und Schuldengemeinschaftstürmers in der Euro-League. Dies wohl als Spielführer, weil das Parlamentsteam so seine Offensive am wirkungsvollsten in Stellung zu bringen glaubt. Die wichtigste Schiedsrichterin scheint auch offensichtliche Abseitsstellungen aus Angst vor Pfiffen aus der Fankurve ignorieren zu wollen. Das Ergebnis wird niemanden überraschen: Nicht zufällig hat sich seit der Euro-Einführung bei Fragen der „Stabilität“ und Schuldentaktik ebenso wie beim Weltmeisterfußball 1998, 2006, 2010 sowie bei allen Europameisterschaften ab 2000 die südeuropäische Spielauffassung am Ende durchgesetzt. Zwar ist Spanien 2014 raus, dafür unterstrich Italien, dass gegen das *Tiki-Taka* hin zu Euro-Bonds und Dirigismus das wettbewerbsorientierte britische *kick and rush* aktuell so wenig gewachsen scheint, wie die freie, dezentrale und offensive Wachstumsspielart aus dem Mutterland des Fußballs. Auch die gefällig kombinierende und geordnet auftretende deutsche Mannschaft dürfte verzagen – wie zuletzt immer, wenn es eng wurde.

Andreas Möller: „Madrid oder Mailand – Hauptsache, Italien!“



Mario Draghi – Pleitegeier 5 : 4

Richtet auch der EZB-Chef sein Streben zu sehr nach Süden aus? In der Schuldenkrise wechselte sich Mario Draghi ohne Legitimation selbst ein – wie weiland Günter Netzer – und wie selbiger hat er auch auswärts in London schon spektakulär getroffen. Bei den von seinen Fans gefeierten, die Spielregeln zuweilen überdehnenden Konteraktionen lässt er zwar taktische Ordnung vermissen, verblüfft aber durch fintenreiche Improvisation. Seine Professionalität beeindruckt, dazu erweist er sich als Meister des Zeitspiels und grätscht konsequent jeden Sparer ab. Im faktischen Doppelpass mit dem römischen Spielführer entstand ein unüberwindbares Reformbollwerk als Neuinterpretation des Catenaccio. Die Nullen stehen: nur keine Veränderungen, nur keine Sparzwänge! Dankbar haben deshalb auch die Kapitäne der Teams aus Frankreich und Italien einen Zuckerpass von Sigmar Gabriel aus der Tiefe des verbalen etatistischen Raums aufgenommen: Es werden einfach die Abstände zwischen den Torpfosten vergrößert, sprich, der Stabilitätspakt wieder verändert, um selbst schlechten Stürmern Treffer zu ermöglichen. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass das Repertoire des Ausputzers Draghi weitere Mannschaftsteile zu Passivität bis Leichtsinn verleitet. Dazu kommen gewisse konditionelle Probleme: Das EZB-Pulver ist mit dem glücklichen Zwischenstand verschossen, ein Einbruch absehbar.

Fredi Bobic: „Man darf jetzt nicht alles so schlecht reden, wie es wirklich war.“



U30 – Ü40 0 : 6

Lokalderbys sind besonders hitzig, und so wird in der vergreisenden deutschen Liga gerontokratisch geholt. Schön wenigstens, dass die Mehrheit der deutschen Fußballnationalspieler der gesellschaftlichen Randgruppe der U30 angehört. Das hilft im laufenden WM-Turnier und ist Gerechtigkeitslückenprävention: Die Spitzengehälter von Löws Jungs dienen ihrer notwendigen Altersvorsorge, denn die Große Koalition bedient nur die aktuellen Rentner sehr gut. Zukünftige Rentner sind eher bedient. Die Altersgenossen der deutschen Profis schauen auch nach der WM in die Röhre. Gleich sechs Dinger hat ihnen die Ü40-Auswahl, die für die Wählermehrheit Ü60 Politik macht, eingeschenkt: bald mehr Geldentwertung, Sparer-Enteignung, zukünftige Steuererhöhungen, höhere Rentenbeiträge und niedrigere Rentenauszahlungen sowie eine marode Infrastruktur, weil schon in der Gegenwart der Sozialetat wenig Raum für anderes lässt.

Resignation? Mitnichten! Am besten orientiert man sich an Lothar Matthäus: „Wir dürfen jetzt nicht den Sand in den Kopf stecken.“ Und natürlich am Übervater aller Fußballerweisheiten, Sepp Herberger: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!“